

Rheinsberger Zeitung

Ämtliches Veröffentlichungsblatt der Stadt Rheinsberg.



Für die Schriftleitung
verantwortlich
Carl Furmann

Druck und Verlag
E. Thurnmanns Buchdruckerei
Rheinsberg

Anzeigen

für dieses Dienstag, Donnerstag und Sonnabend erscheinende Blatt werden mit 0,20 Mark für die 5 gespaltenen Zeilen oder deren Raum berechnet und bis vormittags 10 Uhr vor jedem Erscheinungstage erbeten.

Bezugs-Preis
Jährlicher Geschäftspreis lautet bei den Abholstellen (Einsendungen) durch die Post 1,00 Mark. Durch Briefbestellung oder durch Boten frei ins Haus gebracht 1,10 Mark.

Nr. 67 Fernsprecher Sonnabend, den 7. Juni 1930. Nummer 37 36. Jahrgang

Berlin, den 6. Juni 1930.

Chronik des Tages.

Das bayerische Innenministerium hat das Tragen Uniformen bei Aufmärschen und Kundgebungen unter dem Himmel verboten.
— Friedrichshafen rüft zum Empfang des Luftschiffes „Graf Zeppelin“, nachdem das Luftschiff auf der Heimreise von Südamerika den Ozean in der Nordzeit von 54 Stunden überflogen hat.
— Der vierte Strafaufruf des Reichsgerichts hat das bayerische Innenministerium Dr. Zeit ausgesprochen, weil der sozialdemokratischen Zeitung in Göttingen die Wirkung aufgehoben.
— In München wurde im Städtischen Ausstellungsbau die internationale Ausstellung „Das Lichtbild München“ von Vertretern der Stadt und der Behörden undicht eröffnet.
— Auf dem Militärübungsplatz Erdrezetz bei Prag wurde durch eine Explosion zwei Personen getötet, drei verletzt und mehrere leicht verletzt.
— In Kopenhagen wurde eine Ausstellung Nürnberger Kunst eröffnet.
— Aus der französischen Kolonie Cayenne sind 21 Schwerverbrecher geflüchtet.

Pfingsten 1930.

„Wer vom Ziel nichts weiß, kann den Weg nicht haben, wird im selben Akteck als sein Leben haben; kommt am Ende hin, wo er hergeiridet, hat der Wenige Sinn nur noch mehr zerlitten.“
W. S. Ein Feiertag zu feiern bedarf eines Sinnes und einer Gemeinschaft. Der Sinn des Pfingstfestes ist nicht die Waibäume und die Birkenreiser vor den Türen an unsere gemeinsame Vorzeit erinnern, sondern die Pfingsttage, das sich vor 2000 Jahren ereignete, was der Geist über die Jünger kam, so daß sie die Pfingsttage zu reden. Wichtig ist damals ein neuer Geist wie ein Brausewein über die Erde, und bald sind es allerorts Menschen, die hören und mitfanden.
Auch in der Politik kommt es darauf an, daß zu gewissen Zeiten jeder seine Sprache zu hören glaubt, daß ein Geist über alle kommt und ein Geist taufend Rede bewegt, denn auch die Politik ist eine Sache der Menschheit oder sollte es doch sein, nämlich die Gestaltung des nationalen Schicksals.
Die Nation aber ist größer als der Nationalstaat; die deutsche Nation gebietet auch jene Gruppierungen und Leiden müssen und mit denen uns eine gemeinsame Gemeinschaft der Sprache, des Stammes und des Blutes verbindet. An die Aufgaben, die uns als Volksgemeinschaft erwachen, erinnert uns jetzt die schmerzliche Tagung des Vereins für das Deutsche im Auslande, die gleichzeitig eine Festsitzung der Jubiläums der deutschen Schutzgebiete ist.
Das Grenz- und Auslandsdeutschtum muß uns aus der Enge unseres Daseins herausreißen und uns große Zusammenhänge bereiten lassen. Hier haben wir eine Gelegenheit, die Bänder der Parteien zu überbrücken und uns zu einem Werk zu vereinigen, gewidmet der Entwicklung unseres Volkstums und der schöpferischen Kräfte der deutschen Nation. Auf dieser Arbeit ist selbstverständlich nur die Gestaltung der deutschen Kultur; niemand denkt daran, um das „Woll der Zerstreung“ Staatsgrenzen zu schlagen. Aber, so sehr das im Hinblick auf die Gesamtheit der Auslandsdeutschen gilt, so gilt auch im einzelnen, daß viele Grenzlanddeutsche nur Warteende sind, die darauf betrauen, daß auch ihnen die Gerechtigkeit zuteil werden wird.
Und so führt uns eine selbstbewusste Volkstumsbewegung von selbst zu einer konkratischen Friedenspolitik des Fortschrittes, bei der es sich darum handelt, Europa aufzuheben durch die Anbringung von Sicherungswerten durch die radikale Lösung der Brandherde zu beugen. Aus dem Selbstbestimmungsrecht der Völker, das in Versailles nur eine spanische Wand war, hinter der man das deutsche Volk zerstückte, wird wieder ein allgemeines Menschenrecht werden, dessen Anwendung die Schlagbeute in den überreichlichen Betragen im Süden hinwegjagt, dessen Bewirtlichung aber auch ganz allgemein aus den Grenzen hinaus macht, die einander Fremdes trennen, nicht aber mehr, wie leider jetzt, Blut von Blut.
Im Augenblick reden wir allerdings tief in den Klüften und Sorgen des Alltags. Mag denken in der Natur um die Zeit des „Kleinen Festes“, um ein Wort Goethes zu gebrauchen, festlich heiter der Himmel schenken und sorgig die Erde, so gehen doch am hellen Himmel dunkle Wolken dahin. 24 Millionen Arbeitslose in gänztiger Jahreszeit und ein Arbeitslohn von 734 Mill. M! Das sind Fahren, hinter denen sich unglückliche Völker Familien und Stoff zu neuen Klüften verbirgt. Das bei dieser Zeitstellung darf es nicht verbleiben.

dieser Vorausansetzung muß uns endlich aufstehen, muß die Alarm-Glocken in Bewegung setzen und die Rettungsmannschaft auf den Plan rufen.

Ansätze dazu sind vorhanden. Kurz vor Pfingsten verarbeitete von Verhandlungen der Industrie mit den Gewerkschaften über die Wiederbelebung des Gedankens der Arbeitsgemeinschaft. Noch gibt es Hemmungen und Widerstände, aber schließlich kommt es dabei nicht darauf an, ob Schwierigkeiten vorhanden sind, sondern allein darauf, ob sie überwunden werden können. Das Ziel, das dabei von allen Seiten erstrebt werden muß, kann aber nur das sein: der deutschen Wirtschaft vermehrte Absatzmöglichkeiten zu eröffnen und der Bevölkerung einen Lebensbedarf zu ermöglichen. Denn dann wird diese Aktion zur Schaffung neuer Arbeitsplätze führen und damit zur Milderung der materiellen Not, dieser keimhafte festlicher Bedrückungen und Verirrungen. Das danach auch von der Regierung aus der Weg der Sanierung und der Reformen zu Ende gegangen werden muß, ist selbstverständlich.

Wird uns das Pfingstfest 1930 eine neue Antwort auf die Frage nach dem Sinn wahrer Volksgemeinschaft geben?

Bayern erläßt Uniform-Verbot.

Gültig für Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel.

— München, 6. Juni.
Das bayerische Innenministerium hat mit Wirkung vom 5. Juni bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel, insbesondere Aufmärsche, Aufmärsche und Kundgebungen, an denen sich Mitglieder von politischen Vereinigungen, Jugendorganisationen oder Vereinigungen in einheitlicher Art der Kleidung (Uniformen und Bundeskleidung) beteiligen, verboten.

Begründet wird das Uniformverbot mit einer amtlichen Mitteilung, in der es u. a. heißt:

Der Anlaß zu dieser Anordnung geben die zahlreichen Zusammenkünfte von Angehörigen verschiedener politischer Richtungen, die im Laufe der letzten Monate wie im übrigen Reich so auch in Bayern vorgekommen sind. Diese behauerlichen Ausreitungen haben ihren Grund in den jüden politischen Meinungsverschiedenheiten. Den äußeren Anlaß dazu bildet aber in der Regel der Umstand, daß die politische Gesinnung durch äußere Abzeichen zum Ausdruck gebracht wird. Häufig hat schon die bloße Bewegung uniformierter Gruppen zu Zusammenstößen geführt. Auch bei den besten politischen Vorbereitungen muß damit gerechnet werden, daß Ausreitungen erfolgen. Es bleibt daher nach den gemachten Erfahrungen nichts übrig, als den äußeren Anlaß zu diesen Vorkommnissen zu beseitigen.

Versammlungen unter freiem Himmel wie überhaup Aufmärsche und Kundgebungen, an denen Uniformierte nicht teilnehmen, werden durch das Verbot nicht betroffen.

Größere Versammlungen unter freiem Himmel waren in Bayern für den 14. Juni angesetzt. In diesem Tage sollte in Regensburg ein bayertischer Stahlhelmtag stattfinden. Für die Zeit vom 20. bis zum 23. August ist ein Parteitag der Nationalsozialisten nach München befragt einberufen, der nach den bisherigen Dispositionen mit großer Propaganda-Aufmärschen in Uniform verbunden sein sollte.

Die lange das Uniform-Verbot in Bayern — das gegenüber den jetzigen Bestimmungen einschneidende Änderungen bringt — in Kraft bleiben wird, ist im Augenblick nicht zu beurteilen, ebenso steht dahin, ob sich etwa auch andere Ländererregungen dem Vorgehen Bayerns anschließen werden.

Die stöckende Saarkonferenz.

Schleunige Zurückziehung des Bahnstahzes und sofortige Rückgliederung gefordert.

Von Tag zu Tag mehren sich die Anschuldigungen, die von politischen Körperschaften oder anderen Organisationen zur Rückgliederung gefordert und der Reichsregierung über anderen zuständigen Stellen übermittelte werden. Ganz besonders wendet man sich dagegen, daß die Zollgrenze bis zum Jahre 1935 bestehen bleiben soll.

Die landwirtschaftlichen und gartenbaulichen Kreise, so heißt es in einer Entschließung der Landwirtschaftskammer Saarbrücken, verweisen mit wachsender Besorgnis den Verlauf der Saar-Verhandlungen auf der augenblicklichen Grundlage. Im Verlangen der sofortigen Rückgliederung der ganzen Landschaft an das Reich ist sich die Bauernschaft einig. Die Landwirtschaftskammer bittet aber die Reichsregierung

dringend, daß politische Grenzen und Zollgrenzen bei einer Rückgliederung sofort zusammenfallen.“

Der saarländische Ausschuss der Zentrumspartei nahm eine Entschließung an, in der gleichfalls die sofortige Wiedergutmachung des dem Saargebiet mit der Auslösung von Vaterlande angetanen Unrechts sowie die Zurückziehung des Saarbahnstahzes spätestens bis zum 30. Juni gefordert wird.

Noch 5 Jahre Wohnungsnot?

Von 1924 bis 1929 1,4 Millionen Wohnungen in Deutschland fertiggestellt.

In einer Rede anlässlich der Tagung der am Wohnungswesen interessierten Verbände bezeichnete der preussische Wohnfahrtsminister Hirtzfelder die Lösung der Wohnungsfrage als den Schlüssel zum Wiederaufstieg des deutschen Volkes. In der Zeit von 1924 bis 1929 habe der Reingewinn an Wohnungen im ganzen Reich 1,4 Millionen Wohnungen betragen. Das dabei verbante Kapital besäße sich auf etwa 12 Milliarden Mark.

Die Wohnungswirtschaft könne aber erst dann aufgehoben werden, wenn auf dem Wohnungsmarkt geordnete Verhältnisse herrschen. Das werde etwa in fünf Jahren der Fall sein. Dann müsse ein soziales Mietrecht kommen, dessen wichtigster Inhalt die Befreiung des Hausbesitzers von Kündigungs- und Mietleistungsrecht sei. Wohnungsaufsicht und Wohnungspläne müßten wieder stärker ausgebaut werden. Sobald die dringende Wohnungsnot beseitigt sei, werde an diese Wohnungsreform herangegangen. Die Neubautätigkeit müsse auch in Zukunft mit allem Nachdruck gefördert werden. Dazu sei außer der weiteren Zurverfügungstellung der Hauszinssteuerhypotheken Senkung der Baukosten und Beibehaltung des Baugeldes notwendig.

Hochschulreform in Preußen.

Denkschrift über die Reform des juristischen Studiums.

Den juristischen Fakultäten Preußens liegt gegenwärtig eine Denkschrift über die geplante Hochschulreform vor, die mit der Reform des mehr noch als die anderen Disziplinen überfüllten juristischen Studiums beginnen soll. Im Jahre 1911 studierten in Deutschland 10 000 die Rechte, 1928 23 000. Im Jahre 1913 kam in Berlin auf 104 Studenten ein beamteter Dozent, im Jahre 1928 auf 231 Studenten. Unter den Vorschlägen, die das Unterrichtsministerium für die Neuordnung aufgestellt hat, ist der wichtigste die Wiederheranführung des Studenten an die Universität und an die Wissenschaft. Danach sollen die Repektorien weitgehend ausgefallt werden, indem das Repeitorium an die Universität selbst verlegt wird. Hauptamtliche Dozenten sollen nebenbei praktische Beschäftigung erhalten, umgehört Praktiker in größerer Zahl als Universitätslehrer herangezogen werden. Die Zahl der Assistenten soll erheblich vermehrt werden. Gehalt ist ferner die Einföhrung eines Zwischenexamens.

Flatterminen-Explosion.

Auf dem Militärübungsplatz bei Prag. — Zwei Soldaten getötet.

— Prag, 6. Juni.

Auf dem in der Nähe von Prag gelegenen tschechischen Militärübungsplatz Erdrezetz ereignete sich eine schwere Explosionskatastrophe. Seit den frühen Morgenstunden wehte ein Zug von etwa 100 Soldaten auf dem Platz, damit beschäftigt, tiefe Gräben anzulegen und darin Blechbüchsen mit Kraft anzubringen. Kurz nach 9 Uhr explodierte in einem der Gräben eine Büchse, und zwar mit solcher Wucht, daß große Erdmassen viele Meter hoch in die Luft geschleudert wurden. Auf der Erde lagen zwei tote Soldaten mit zerstückelten Schädeldecken. Die verbliebenen Körper waren mit Lehm und Blut bespritzt. Drei weitere Soldaten waren schwer, eine Reihe anderer leicht verletzt.

Der inzwischen ausgegebene amtliche Bericht besagt, ein Soldat sei auf eine Flattermine getreten, was die Explosion verursacht habe. Sofort nach dem Unglück habe sich ein Untersuchungskommission auf dem Übungsplatz gegeben. Es sei festgestellt worden, daß ähnliche Übungen bereits die ganze Woche über stattgefunden hätten; am Tage der Katastrophe hätten diese Übungen mit der Verwendung scharfer Munition ihren Abschluß finden sollen.